

Regierungsratsbeschluss

vom 4. September 2023

Nr. 2023/1418

KR.Nr. I 0123/2023 (DDI)

Interpellation Fraktion SVP: Auswirkung der Zuwanderung auf das kantonale Gesundheitssystem Stellungnahme des Regierungsrates

1. Vorstosstext

Im Kanton Solothurn beträgt der Anteil Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit per 31.12.2020 23,7 % (66'040 Personen). Die häufigsten Herkunftsländer sind Italien, Deutschland und Kosovo, gefolgt von Personen aus der Türkei, Serbien und Nordmazedonien. Seit Jahren wächst der Anteil der ausländischen Bevölkerung in unserem Kanton deutlich stärker als der Anteil der schweizerischen Bevölkerung.

Diese starke Einwanderung hat Auswirkungen auf fast alle Bereiche unserer Gesellschaft, so auch auf die kantonale Gesundheitspolitik.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Führt die Zuwanderung zu einer finanziellen Mehrbelastung des kantonalen Gesundheitswesens oder wird diese durch die bezahlten Krankenkassenprämien der Zuwanderer und Zuwanderinnen vollkommen ausgeglichen?
2. Wie hoch ist der Ausländeranteil der Patienten und Patientinnen in den Notfallstationen im Kanton Solothurn im Durchschnitt und was sind die häufigsten Gründe für die Konsultationen?
3. Welche ausländischen Nationalitäten nehmen überdurchschnittlich oft Notfallkonsultationen in Anspruch? Sind dies mehr erwachsene Personen oder mehr Kinder?
4. Wie hoch sind die entstehenden Kosten für Notfallstationsbesuche von Ausländerinnen und Ausländern und in welchem Verhältnis stehen diese Kosten zu den Kosten, welche Schweizer und Schweizerinnen in den Notfallstationen des Kantons Solothurn verursachen?
5. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, ein System einzuführen, bei dem die Patienten und Patientinnen bei Notfallkonsultationen einen Kostenvorschuss leisten müssen, der ihnen nur dann zurückerstattet wird, wenn es sich wirklich um einen Notfall und nicht um einen Bagatellfall handelt?
6. Im Vergleich zu anderen Kantonen, weichen die Gesundheitskosten des Kantons Solothurn für (ambulante und stationäre) Spitalaufenthalte von Ausländerinnen und Ausländern statistisch stark vom Durchschnitt ab? Falls ja, wie hoch sind diese Abweichungen und wie sind diese zu erklären?
7. Welche ausländischen Nationalitäten verursachen statistisch die höchsten Gesundheitskosten? Wie ist dies zu erklären?

2. Begründung

Im Vorstosstext enthalten.

3. **Stellungnahme des Regierungsrates**

3.1 Zu den Fragen

3.1.1 Zu Frage 1:

Führt die Zuwanderung zu einer finanziellen Mehrbelastung des kantonalen Gesundheitswesens oder wird diese durch die bezahlten Krankenkassenprämien der Zuwanderer und Zuwanderinnen vollkommen ausgeglichen?

Die Kostenträger im Gesundheitswesen unterscheiden sich in der Schweiz und somit auch im Kanton Solothurn nach Behandlungsort bzw. nach Behandlungsart. Konkret erfolgt die Kostenaufteilung bei akutstationären Behandlungen anteilmässig durch die Kantone und die Krankenversicherer, in der Langzeitpflege durch die Krankenversicherer, die Einwohnergemeinden und die Gepflegten und bei den übrigen ambulanten Behandlungen vollständig durch die Krankenversicherer.

Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) wurden 2021 gesamtschweizerisch die Gesamtkosten des Gesundheitswesens anteilmässig durch die folgenden Finanzierungsquellen getragen¹⁾:

- 58% durch private Haushalte; darin enthalten sind die Krankenkassenprämien, die Franchise sowie weitere Selbstkosten.
- 34% durch die öffentliche Hand (Bund, Kantone, Gemeinden); darin enthalten sind einerseits die Leistungsabgeltung bei akutstationären Behandlungen resp. bei der Langzeitpflege und andererseits Transferleistungen im Sinne der sozialen Sicherheit wie beispielsweise Prämienverbilligungen.
- 7% durch Unternehmen; darin enthalten sind Beiträge an die soziale Sicherheit sowie die private Finanzierung von Leistungen.

Basierend auf der Aufteilung der Finanzierungsquellen ist ersichtlich, dass die Krankenkassenprämien generell nicht ausreichend sind, um die Kosten des Gesundheitswesens zu decken. Entsprechend führt ein Bevölkerungswachstum immer zu steigenden Ausgaben der öffentlichen Hand im Gesundheitswesen, gleichzeitig jedoch auch zu steigenden Prämien- und Steuereinnahmen. Neben der Bevölkerungszunahme führen insbesondere auch steigende Ausgaben pro Kopf zu höheren Kosten im Gesundheitswesen.

Die Kosten für stationäre Spitalbehandlungen gemäss KVG, welche vom Kanton getragen werden, sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Konkret wurden 2021 306.8 Mio. Franken dafür aufgewendet, im 2022 327.4 Mio. Franken. Welchen Anteil die Zuwanderung an diesen Kosten hat, kann nicht beantwortet werden, da schweizweit die notwendigen Daten im Rahmen der Abrechnung zulasten des KVG nicht erhoben werden (vgl. auch Stellungnahme des Bundesrates vom 18. August 2021 auf die Motion Aeschi Thomas «Krankenversicherungsstatistik nach Aufenthaltsstatus und Nationalität aufschlüsseln»).

¹⁾ Für rund 1% der Kosten ist die Finanzierungsquelle gemäss BFS unbekannt.

3.1.2 Zu Frage 2:

Wie hoch ist der Ausländeranteil der Patienten und Patientinnen in den Notfallstationen im Kanton Solothurn im Durchschnitt und was sind die häufigsten Gründe für die Konsultationen?

Die Beantwortung der Fragen 2 bis 4 basiert auf Daten der Solothurner Spitäler AG (soH), welche uns zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt wurden.

Im 2022 kam es auf den Notfallstationen der soH in Solothurn, Olten und Dornach zu insgesamt 119'453 Notfallkonsultationen¹⁾. In 68.5% der Fälle erfolgte die Konsultation durch eine Person mit Schweizer Staatsangehörigkeit, in 29.4% der Fälle durch eine Person mit einer anderen Staatsangehörigkeit und bei 2.1% der Fälle fehlt eine entsprechende Angabe. Hinsichtlich der medizinischen Gründe, welche am häufigsten zu einer Notfallkonsultation geführt haben, kann die soH keine Angaben machen. Dies weil bei ambulanten Notfallkonsultationen die Diagnosen nicht zentral erfasst werden, sondern ausschliesslich im jeweiligen Arztbericht ersichtlich sind.

3.1.3 Zu Frage 3:

Welche ausländischen Nationalitäten nehmen überdurchschnittlich oft Notfallkonsultationen in Anspruch? Sind dies mehr erwachsene Personen oder mehr Kinder?

Für die Beantwortung der vorliegenden Frage wurde pro Staatsangehörigkeit die Anzahl Notfallkonsultationen auf den Notfallstationen der soH ins Verhältnis zur entsprechenden ständigen Wohnbevölkerung gebracht (Anzahl Notfallkonsultationen pro Einwohnerin und Einwohner [EW]). Nachfolgend ist das Ergebnis für Schweizer Staatsangehörige sowie für die zehn häufigsten weiteren Staatsangehörigkeiten dargestellt.

Staatsangehörigkeit	Anzahl Notfallkonsultationen pro EW 2022
Schweiz	0.38
Italien	0.47
Deutschland	0.42
Kosovo	0.55
Türkei	0.71
Serbien	0.62
Nordmazedonien	0.61
Portugal	0.58
Sri Lanka	0.68
Eritrea	0.53
Kroatien	0.56

¹⁾ Dabei gilt es zu beachten, dass in dieser Zahl die Durchführung von PCR-Tests an den Testzentren der soH enthalten ist (Schliessung der Testzentren per 29. April 2022). Diese konnten für die vorliegende Analyse nicht herausgefiltert werden.

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen in den Notfallstationen der soH beträgt 5.6% aller Notfallkonsultationen. Der relativ tiefe Wert hat primär damit zu tun, dass die soH über keinen Leistungsauftrag in der Kindermedizin verfügt, entsprechend werden Kindernotfälle in andere Spitäler wie beispielsweise das Kantonsspital Aarau, das Inselspital Bern oder das Spitalzentrum Biel weiterverwiesen, vorausgesetzt die Umstände erlauben dies.

3.1.4 Zu Frage 4:

Wie hoch sind die entstehenden Kosten für Notfallstationsbesuche von Ausländerinnen und Ausländern und in welchem Verhältnis stehen diese Kosten zu den Kosten, welche Schweizer und Schweizerinnen in den Notfallstationen des Kantons Solothurn verursachen?

Im 2022 entstanden in den Notfallstationen der soH insgesamt Kosten von 34.5 Mio. Franken durch ambulante Notfallkonsultationen. Davon entfallen 23.5 Mio. Franken (66.2%) auf Schweizer Staatsangehörige und 11.2 Mio. Franken (31.4%) auf Personen mit anderer Staatsangehörigkeit. Bei den restlichen 2.4% der Kosten sind keine Angaben zur Nationalität verfügbar.

3.1.5 Zu Frage 5:

Kann sich der Regierungsrat vorstellen, ein System einzuführen, bei dem die Patienten und Patientinnen bei Notfallkonsultationen einen Kostenvorschuss leisten müssen, der ihnen nur dann zurückerstattet wird, wenn es sich wirklich um einen Notfall und nicht um einen Bagatellfall handelt?

Massnahmen solcher Art müssten auf Bundesebene diskutiert und eingeführt werden. Eine entsprechende parlamentarische Initiative «Gebühr für Bagatellfälle in der Spitalnotfallaufnahme» (Thomas Weibel; 17.480) wird zurzeit im Bundesparlament behandelt. Eine Schwierigkeit würde bei der Abgrenzungsproblematik zwischen einem «echten» Notfall und einem Bagatellfall liegen. Aus unserer Sicht der vielversprechendere Weg zur Entlastung der Notfallstationen ist die vorgelagerte Triagierung der Patientinnen und Patienten. Damit kann erreicht werden, dass einfachere Fälle nicht unnötigerweise auf der ressourcenintensiven Notfallstation behandelt werden. Dieses Vorgehen wird im Kanton Solothurn bereits seit mehreren Jahren mit den vorgelagerten Notfallstationen beim Kantonsspital Olten und beim Bürgerspital Solothurn praktiziert.

3.1.6 Zu Frage 6:

Im Vergleich zu anderen Kantonen, weichen die Gesundheitskosten des Kantons Solothurn für (ambulante und stationäre) Spitalaufenthalte von Ausländerinnen und Ausländern statistisch stark vom Durchschnitt ab? Falls ja, wie hoch sind diese Abweichungen und wie sind diese zu erklären?

Im Rahmen der Abrechnung zulasten des KVG werden Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus nicht erhoben, weshalb wir über keine entsprechenden Daten verfügen. Auch auf nationaler Ebene bestehen diesbezüglich keine publizierten Analysen, welche einen Vergleich mit anderen Kantonen ermöglichen würde.

3.1.7 Zu Frage 7:

Welche ausländischen Nationalitäten verursachen statistisch die höchsten Gesundheitskosten? Wie ist dies zu erklären?

Wir verfügen nicht über eine ausreichende Datengrundlage, um diese Frage zu beantworten.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Departement des Innern
Gesundheitsamt (2); EBE, BRO
Solothurner Spitäler AG, Schöngrünstrasse 36a, 4500 Solothurn
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat